

Kassenärztliche Bundesvereinigung

Werbung für die Niederlassung in eigener Praxis

„Lass dich nieder in Praxenland“ lautet der Slogan der neuen Kampagne der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) der Länder, mit denen diese für eine Niederlassung in eigener Praxis werben. Noch bis zum 29. März wird die Kampagne deutschlandweit über Social Media, Streamingdienste, digitale Medien und als Außenwerbung an zentralen Standorten ausgespielt, wie die KBV mitteilt. Die Motive zeigten echte Ärztinnen und Ärzte bei ihrer Arbeit und stellten die Vorzüge einer Niederlassung heraus: sein eigener Chef sein, Verantwortung tragen, ein enges Arzt-Patienten-Verhältnis, manchmal über Jahre hinweg. Die Arbeit in der eigenen Praxis sei mehr als ein Beruf, sie sei eine Berufung, sagte der KBV-Vorstandsvorsitzende Dr. Andreas Gassen. Damit das so bleibe, brauche es aber bessere Rahmenbedingungen. Allein im Jahr 2024 hätten die vertragsärztlichen Praxen Leistungen im Wert von circa 2,7 Milliarden Euro nicht



Dr. Charlotte Block, Augenärztin aus Potsdam, ist eines der neuen Gesichter der Kampagne „Lass dich nieder in Praxenland“.

Foto: KBV

bezahlt bekommen. „Das kann so nicht weitergehen“, betonte Gassen. Mit der Kampagne werbe man deshalb nicht nur für den Erhalt der ambulanten Versorgung, sondern auch für die Wertschätzung, die sie verdiene. HK

Medizinstudium

Ungewisser Start des Praktischen Jahres

Im Oktober 1970 setzte der Gesetzgeber eine neue Approbationsordnung in Kraft. Darin enthalten war die Etablierung des Praktischen Jahres (PJ) als Teil des Medizinstudiums. Das PJ sollte mit einer großzügigen bereits einmal verlängerten Übergangsfrist am 1. Oktober 1976 starten. Das Rheinische Ärzteblatt (RÄ) konstatierte in seiner ersten März-Ausgabe 1976: Es müsse „ein gutes halbes Jahr vor diesem Tag X ein desolater Zustand festgestellt werden“.

Zum Beispiel sei Schleswig-Holstein nicht in der Lage, die Hälfte der Kosten für diesen Ausbildungsabschnitt aufzubringen, sodass das PJ dort nicht stattfinden könne. Ähnlich sehe die Lage in Hamburg aus. In Nordrhein-Westfalen seien Verträge mit sieben Lehrkrankenhäusern abgeschlossen worden, wobei diese „ausgerechnet überwiegend Krankenhäuser mit geringeren Kapazitäten“ waren. Auch hätten viele Krankenhausträger festgestellt, dass

das PJ „keineswegs ein finanzieller Zugewinn“, sondern mit Verpflichtungen verbunden sei. „Als Beispiel seien hier nur die offene Frage der Einordnung der Studenten in den Krankenhausbetrieb und die Frage nach ihrem Mitspracherecht genannt.“ Ein weiteres Problem: Die Universitätsprofessoren sahen bei sich neben der Lehrtätigkeit im klinischen Abschnitt des Studiums keine weiteren Kapazitäten, um PJ-Studierende anzuleiten. „Auch sei es für die Patienten in den Universitätskrankenhäusern eine Zumutung, sozusagen als Lehrobjecte einer zusätzlichen Gruppe angehender Ärzte zur Verfügung stehen zu müssen.“ Die Ärztekammer Nordrhein forderte angesichts der zahlreichen ungelösten Probleme alle Beteiligten auf, das PJ zügig vorzubereiten oder den Mut aufzubringen, die Approbationsordnung erneut zu ändern, bevor „endgültig konstatiert werden muß, daß die Reform des Medizinstudiums eine Verschlechterung der Ausbildung zum Arzt zur Folge gehabt hat“.

bre

Arzneimittel

Immer wieder Lieferengpässe

Über tausend Lieferengpässe bei Arzneimitteln hat das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi) im Jahr 2025 registriert. Besonders betroffen waren davon Antipsychotika mit einer Engpassdauer von durchschnittlich 230 Tagen und Antidepressiva mit einer Engpassdauer von 107 Tagen. Beide Medikamentengruppen spielten bei der Versorgung erkrankter Patientinnen und Patienten eine große Rolle. Ein Lieferengpass könne therapiegefährdend sein, warnte das Zi. Auch Lipidsenker und Antibiotika waren im Vorjahr an durchschnittlich mehr als 150 beziehungsweise 120 Tagen Mangelware. Dies betraf über vier Millionen Patienten. Ein Hauptgrund für die sich wiederholenden Lieferengpässe ist dem Zi zufolge die Konzentration der Arzneimittelproduktion auf wenige Hersteller weltweit, die überwiegend in China und Indien produzieren. bre

MAGS

Clearingstelle eingerichtet

Das Landesgesundheitsministerium Nordrhein-Westfalen (MAGS) hat kürzlich eine Clearingstelle für Menschen eingerichtet, die nach einer COVID-19-Schutzimpfung von gesundheitlichen und wirtschaftlichen Belastungen betroffen sind. Die Clearingstelle bietet kostenlos ihre Hilfe an bei behördlichen Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit einer möglichen Erkrankung nach einer COVID-19-Schutzimpfung stehen.

www.mags.nrw/clearingstelle-impfschaeden. bre

RA VOR 50 JAHREN